

In verschiedenen Bezirken wurden in stärkerem Maße als bisher die Werktätigen in Betrieben, LPG und Wohnbereichen über Gesetzesverletzungen informiert, ihnen insbesondere die Ursachen und begünstigenden Faktoren strafbarer Handlungen dargelegt und wurde mit ihnen beraten, wie sie unmittelbar an ihrer Überwindung mitwirken können.

Zum Beispiel in Schwarza, Kreis Rudolstadt, wurde durch Organe der Rechtspflege gemeinsam mit den Ständigen Kommissionen der Volksvertretung, Ausschüssen der Nationalen Front, Elternbeiräten und gesellschaftlichen Organisationen eine Veranstaltung durchgeführt, in der einige Strafverfahren öffentlich mit der Bevölkerung ausgewertet wurden.

In vielen Kreisen ging man auch verstärkt dazu über, bereits während des Ermittlungsverfahrens Aussprachen, besonders mit dem Arbeitskollektiv des Beschuldigten, zu führen. Das trug dazu bei, umfassender und gründlicher die Ursachen, Motive und Zusammenhänge von Verbrechen und Vergehen aufzudecken.

*

In Auswertung der Beschlüsse des VI. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der zahlreichen Vorschläge der Werktätigen wurden der Entwurf des Erlasses gründlich überarbeitet und eine Reihe von Veränderungen vorgenommen. Diese Veränderungen gehen einmal in der Richtung, die gesamte Tätigkeit der Organe der Rechtspflege enger mit den Grundfragen der gesellschaftlichen Entwicklung und der Lösung der Aufgaben beim umfassenden sozialistischen Aufbau zu verbinden. Das stellt vor allem höhere Anforderungen an alle in den Organen der Rechtspflege Tätigen, besonders die Richter und Staatsanwälte. Deshalb wurden verschiedene Festlegungen über die Notwendigkeit der Weiterentwicklung, besonders der Richter und Staatsanwälte, in dem neuen Entwurf aufgenommen. So ist zu sichern, daß die Justizkader neben einer hohen juristischen Qualifikation und einem fundierten gesellschaftswissenschaftlichen Grundwissen die Probleme der gesellschaftlichen Entwicklung beherrschen und über gründliche ökonomische Kenntnisse verfügen. Dazu gehört auch die Weiterentwicklung der gesamten juristischen Ausbildung in der Richtung, daß die Juristen neben ihrem Fachwissen vor allem über Erfahrungen bei der Lösung der politischen und ökonomischen Aufgaben unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates verfügen, um den an sie gestellten Aufgaben gewachsen zu sein.

Neu aufgenommen wurde auch in dem Erlaßentwurf, daß das Oberste Gericht bei der Erfüllung seiner Aufgaben über grundsätzliche Fragen die Staatliche Plankommission, den Volkswirtschaftsrat, den Landwirtschaftsrat und andere zentrale Staatsorgane konsultiert. In dieselbe Richtung läuft die neuaufgenommene Bestimmung, daß die Gerichte in verstärktem Maße Spezialisten und Fachleute als Sachkundige zur